

presse

3,3 Milliarden Menschen noch immer von Malaria bedroht

Anlässlich des Welt-Malaria-Tages am 25. April 2012 erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Die Bundesregierung muss im Haushalt 2013 ein Zeichen setzen und die Mittel für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) verdoppeln. Denn Malaria ist noch immer eine der gefährlichsten Bedrohungen insbesondere für Kinder in den Entwicklungsländern, erklärt Karin Roth.

Laut des Welt-Malaria-Berichts 2011 der WHO sind noch immer 3,3 Milliarden Menschen von Malaria bedroht. Trotz eines Rückgangs von etwa fünf Prozent, starben 2010 noch immer 655.000 Menschen an Malaria. Davon waren 86 Prozent Kinder und 91 Prozent der Opfer kamen aus Afrika.

Der Kampf gegen Malaria besteht aus zwei Teilen. Zum einen die Prävention, durch mit Insektiziden behandelten Bettnetzen, solange noch kein Impfstoff existiert, und zum anderen die Behandlung von Erkrankten und die Vermeidung von Resistenzen durch Verwendung von Kombinationspräparaten.

Deswegen fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, den Kampf gegen Malaria auf allen Ebenen zu unterstützen. Dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM), dem wichtigsten

Akteur zur Prävention von Malaria, droht durch die Handlungen von Minister Niebel ein Rückgang der finanziellen Mittel, die im Kampf gegen Malaria eingesetzt werden können.

Die Bundesregierung muss im Haushalt 2013 ein Zeichen setzen und die Mittel für den GFATM verdoppeln. Denn Malaria ist noch immer eine der gefährlichsten Bedrohungen insbesondere für Kinder in den Entwicklungsländern. Dabei ist die Heilung und Prävention nicht teuer. Ein Kombinationspräparat für Kinder kostet 0,2 bis 0,3 Euro, ein behandeltes Moskitonetz etwa ein Euro.

Gleichzeitig muss die Bundesregierung ihr Engagement im Bereich Forschung verstärken und die Fördersummen für die Produktentwicklungspartnerschaften erhöhen. Dabei ist ausdrücklich anzuerkennen, dass das Forschungsministerium die Entwicklung eines Malariaimpfstoffes für Schwangere fördert, wenngleich mit geringen Summen.

Auch die Forschungen des Max-Planck-Instituts in Potsdam zur synthetischen Herstellung von Artemisinin, dem wichtigsten Grundstoff der Kombinationspräparate zur Heilung von Malaria, sollte durch die Bundesregierung gefördert werden, um sicherzustellen, dass die Ergebnisse im Kampf gegen Malaria zur Verfügung stehen und nicht dem Gewinnstreben der Pharmaindustrie geopfert werden.